

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

11 (17.3.1948)

VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3, Nr. 11

Mannheim, 17. März 1948

Preis 15 Pfg.

Paßentzug für Delegierte zum 2. Volkskongreß

42 nordbadische Delegierte an der Teilnahme durch die Maßnahme der amerikanischen Militärregierung verhindert

Die Anteilnahme der nordbadischen Bevölkerung an der Vorbereitung des zweiten Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden war von beachtlicher Stärke. Insgesamt stellte Nordbaden 42 Delegierte, die aus allen Lagern der Bevölkerung stammten. Eine große Anzahl von Persönlichkeiten des öffentlichen und kulturellen Lebens hatte ihre Teilnahme am Volkskongreß zugesagt. Parteilocher gab es dabei nicht. Die Delegierten waren aus allen bestehenden Parteien vertreten. Für diese Mitglieder der SPD, CDU ist der Kampf um die deutsche Einheit wichtiger als die parteilegistischen Interessen eines kleinen Führerklingels.

Die amerikanische Militärregierung hatte zwar vor einiger Zeit das Abhalten von Volkskongressen in den einzelnen Ländern ihrer Zone verboten, die Wahl von Delegierten für den zweiten Volkskongreß in Berlin begegnete dagegen keinen endgültigen Verboten. Vielleicht hatte man inzwischen selbst das Gefühl, daß man zu tiefst einen eingewurzten Lebenswillen des deutschen Volkes verletzte und eine schlechte, nicht zu übersehende Demonstration undemokratischen Geistes gegeben hätte. Wer das anzunehmen geneigt war, hat sich doch geirrt. Die amerikanische Militärregierung hat das Ausstellen von Interzonenpässen zur Teilnahme am 2. Volkskongreß in Berlin verboten. In Mannheim, wo ein Teil der Pässe für die Delegierten bereits ausgegeben war, wurde die Order gegeben, sie wieder einzuziehen. Dies sollte erreicht werden, selbst wenn

dabei der „gesamte Polizeiapparat aufgeboten werden müßte.“

Die Hetze gegen die Volkskongreß-Bewegung ist groß. Es gibt genügend Politiker des westdeutschen Separatstaates, die diese Aufgabe übernommen haben. Sie tun nicht im deutschen Interesse. Daß sie sich in ihrer Rolle nicht sicher und nicht ganz wohl fühlen, haben die Vorgänge bei der Installation der westdeutschen Separatregierung in Frankfurt bewiesen. Der Effekt ihres Tuns allerdings scheint nicht stark genug gewesen zu sein, um verhindern zu können, was viele, denen die Zerreißung Deutschlands zum Programm geworden ist, nicht gerne sehen. Es

wäre sicher in den Augen der Militärregierung besser gewesen, Agitation und Hetze gegen die Volkskongreßbewegung, gegen die Ostzone hätten erreicht, daß deren Bestrebungen für das einigende Deutschland kein Echo und keine Delegierten gefunden hätten. Dem war nicht so. Um zu verhindern, daß aus der amerikanischen Zone Delegierte auf dem zweiten deutschen Volkskongreß in Berlin ihr Bekenntnis für die Einheit Deutschlands gegen die Spaltung ablegen, mußte sich die amerikanische Militärregierung zu Maßnahmen entschließen, die diese Möglichkeit verhinderten. Daß ihre Maßnahmen keinen demokratischen Charakter tragen konnten, ist ihr Malheur dabei. y.m.

Die Ausplutung Westdeutschlands

Rohstoffausfuhr — die Marshallplan-„Hilfe“ für uns

Die „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, schreibt in ihrer Ausgabe vom 12. 3. 48:

Von der Ausfuhr der amerikanischen Zone entfielen im Jahre 1946 knapp 13 Prozent und von der Ausfuhr der Doppelzone im Jahre 1947 nur 16,5 Prozent auf Fertigwaren. Vor dem Kriege war das Verhältnis zwischen der Ausfuhr von Fertigwaren und Rohstoffen umgekehrt. Im Jahre 1938 brachten Fertigwaren 81 Prozent des Ausfuhrerlöses und Rohstoffe, annähernd 18 Prozent. Auf die Dauer ist es gefährlich, mit einer überhöhten Rohstoffausfuhr der verarbeitenden Industrie und der Arbeiterschaft die Ausgangsstoffe zu entziehen. Der Absatz verarbeiteter Erzeugnisse würde auch bedeutend höhere Devisenerlöse bringen.

Um so mehr mußte es überraschen, daß in den Vorschlägen für die Verwirklichung des Marshallplanes als Leistung Deutschlands lediglich die

Ausfuhr von Rohstoffen in Betracht gezogen wird. Jetzt hat auch General Sir Gordon McReady, als Vorsitzender des Zweimächte-Kontrollrates, in einer Erklärung über die Aufgaben der Doppelzone im Rahmen der europäischen Wiederaufbaupläne ausgeführt, daß der größte Teil der deutschen Ausfuhr heute wie künftig aus Rohstoffen bestehen werde. Ebenso ist in den „Länderstudien“, die vom Außenministerium der Vereinigten Staaten zum Marshallplan ausgearbeitet sind, die Lieferung von Rohstoffen als der wichtigste deutsche Beitrag zum Wiederaufbau Europas vorgesehen. Das kann nicht das letzte Wort sein. Sonst müßten die anderen Länder Europas auf die Leistungen der deutschen Fertigwarenindustrie zu ihrem und unserem Schaden verzichten.

Und der Marshallplan würde die deutsche Wirtschaft, die er mit der einen Hand entwickeln will, mit der anderen Hand drosseln.

Masaryks Liebe zum Volk

Und doch die maßlose Hetze

Die „Tägliche Rundschau“ zitiert am 12. 3. Worte des verstorbenen Außenministers der CSR, Jan Masaryk, aus einem Interview, das er einige Tage vor seinem Tode dem Vertreter der französischen Zeitung „L'Ordre“ gab:

Es ist nicht leichter, als über das entrüstet zu sein, was sich beim Nachbar abspielt. Das tschechoslowakische Volk ist demokratisch und wird es auch weiter bleiben, nachdem es sein entscheidendes Wort gesprochen hat. Ich bin immer mit dem Volke gegangen und gehe mit ihm auch heute. Wenn sich bei uns Leute gefunden haben, die glauben, daß man ohne Kommunisten regieren könne oder gar gegen sie, so habe ich diese These immer leidenschaftlich bestritten. Die neue Regierung ist verfassungsmäßig zustande gekommen und wird sich der

Verfassung gemäß nach demokratischen Grundsätzen richten.

In einer am selben Tage vor tschechoslowakischen Offizieren gehaltenen Rede sagte Masaryk u. a.:

„Mein Kredo in diesem dramatischen Augenblick war klar. Als sich die Situation verschärfte, habe ich nicht eine Minute lang gezögert, wo mein Platz ist. Ich bin mit dem Volk, mit den Tschechen und Slowaken, die ich liebe. Wenn ich von Leuten sprechen höre, die im Ausland einen Abwehrkampf beginnen, dann sticht es mich im Herzen. Ein Abwehrkampf gegen Hitler — ja; aber ein Abwehrkampf gegen Menschen eigenen Blutes, gegen die eigenen Brüder, gegen die eigene Republik — das niemals. Ich bin überzeugt, daß ich einen Krieg nicht mehr erleben werde. Friede ist mein Wunsch und mein Gebet. Zählt auf mich, ich bin einer von euch.“

Flüchtlinge, Umsiedler oder Verschleppte?

„Auf Befehl des USA-Kriegsministeriums“

(EB) Das württembergisch-badische Innenministerium erließ am 17. 2. eine Verfügung über Erweiterung des Flüchtlingsgesetzes auf verschiedene Personengruppen.

„Personen deutscher Staats- oder Volkszugehörigkeit, die ihren dauernden Wohnsitz in der russischen Besatzungszone Deutschlands auf Befehl des amerikanischen Kriegsministeriums (War Department) verlassen mußten, über ihren lebensnotwendigen Besitz nicht verfügen können und in Württemberg-Baden einen Wohnsitz erhalten haben...“

Wer ist gemeint? Es kann sich nur

um die Ingenieure und Spezialarbeiter handeln, welche bei der Räumung des ursprünglich von amerikanischen, heute von sowjetischen Truppen besetzten Gebietes — besonders von Zeiß, Jena — nach Württemberg-Baden gebracht wurden.

Während also von der sowjetischen Besatzungsmacht in aller Form engagierte Ingenieure oder Spezialarbeiter als „Zwangverschleppte“ deklariert werden, sind die „auf Befehl des amerikanischen Kriegsministeriums“ evakuierten deutschen Techniker unaufrichtig zu „Flüchtlingen“, d. h. „Umsiedlern“ erklärt worden.



Barrikaden bei der Rheinbrücke in Mannheim Mannheim war um diese Zeit eines der Hauptzentren des politischen Lebens in Deutschland...

Die große Bourgeoisie blieb in Mannheim mit wenigen Ausnahmen reaktionär oder wurde es, sobald das Volk als Masse in die Ereignisse eingriff. Der Liberalismus der Soiron und Bassermann wurde bald vom „roten Gespenst“ erschreckt, zu dieser Klasse getrieben, während die kleinbürgerliche Demokratie der Hecker und Struve bei den entscheidenden Aktionen das Proletariat heranzog, das für die bürgerliche Freiheit eifrig mitkämpfte, obschon es begriff, daß mit dieser die Befreiung seiner Klasse nur angebahnt werden konnte. Aus dem Mannheimer Proletariat gingen zwei bewaffnete Organisationen hervor: das Mannheimer Sensenkörpers von 1848 und das Mannheimer Arbeiterbataillon von 1849.

(Aus: Badische Revolutionsgeschichte aus den Jahren 1848 u. 1849 v. Wilhelm Bloß.)

„... Unsere Kolonie Deutschland!“

Von Willy Grimm

Um den Marshallplan herrscht zur Zeit fieberhafte Geschäftigkeit. Seinen Einpeitschern brennt es unter den Fingernägeln. Im amerikanischen Senat hat der Marshallplan in seinem ersten Teil, nachdem Senator Taft vergeblich versucht hat, die erste Rate auf 4 Milliarden Dollar herabzudrücken, Annahme gefunden. Die Brüsseler Konferenz zwischen England, Frankreich und den Beneluxstaaten ist sich „einig“ geworden. Die Einigung geschah auf Kosten Deutschlands und führte zur Verständigung über die künftige Form des Westeuropablockes und der blutspendenden Rolle, die dabei Westdeutschland zu spielen hat.

In großer Eile folgte auf die Brüsseler nun die Pariser Konferenz. Auf ihr sind alle 16 marshallhörigen Nationen vertreten. Es wurde nicht nur mehr bloß von einer wirtschaftlichen, sondern auch von einer politischen Sicherheitsorganisation dort geredet. Der Sicherheitskomplex der Franzosen hat als breitere Grundlage seiner Realisierung westeuropäische Plattform gefunden. Der aggressive Charakter der Westblockbildung gegen die Sowjetunion und die Oststaaten kann mit den vorgegebenen „Sicherheitsgründen“ und der leeren Geste, daß die Tür den Ostländern zur Teilnahme an der offen ist, nicht abgeschwächt werden. Hitler hat, als er Stück um Stück in Europa „neu regelte“, die Botschaft hinausposaunt, daß den anderen Ländern der Weg zur Teilnahme an der „europäischen Neuordnung“ offen stehe. Neu ist also der Brauch, vollendete Tatsachen zu schaffen, nicht. Wir erinnern uns, daß die Schaffung der

(Fortsetzung auf Seite 2)

Eine Nation, die sich in ihrer ganzen Vergangenheit zum Werkzeug der Unterdrückung gegen alle anderen Nationen hat gebrauchen lassen, eine solche Nation muß erst beweisen, daß sie wirklich revolutioniert ist. Sie muß es anders beweisen als durch ein paar halbe Revolutionen, die kein anderes Resultat haben, als unter anderen Gestalten die alte Unentschiedenheit, Schwäche und Uneinigkeit fortbestehen zu lassen.

Karl Marx

Terror auf USA-Befehl

(PD) „Deutschlands Stimme“, das Organ des Deutschen Volkskongresses, macht in ihrer Ausgabe vom 7. März auf sensationelle Enthüllungen der konservativen „New York Herald Tribune“ aufmerksam.

Darauf wurden, unmittelbar nachdem Generalleutnant James A. van Fleet zum Mitglied des Griechischen Nationalen Verteidigungsrates ernannt wurde, die amerikanische „Hilfe“ für Griechenland also offiziell in das Stadium direkter militärischer Intervention getreten ist, vierzig bis fünfzig ehemalige Mitglieder der antifaschistischen griechischen Widerstandsorganisation ELAS hingerichtet, nachdem sie seit 1944 eingekerkert waren. Die „New York Herald Tribune“ unterstreicht die Erregung, die diese Hinrichtungen in Griechenland hervorgerufen haben.

Zwei Redakteure der sozialdemokratischen Wochenzeitung „Machi“, die gegen die Massenerschießungen griechischer Antifaschisten protestiert hatten, wurden am gleichen Tage verhaftet, an dem die griechische Presse auf Anordnung der amerikanischen Statthalter in Griechenland Erklärungen veröffentlichte, in denen es wörtlich hieß: „In keinem Land in Europa kann man ein größeres Maß von Pressefreiheit finden, als im heutigen Griechenland.“

(Fortsetzung von Seite 1)

Bizone, entgegen den Potsdamer Beschlüssen, auch mit der höflichen Aufforderung an die Ostzone begleitet wurde, sich anzuschließen.

Der britische Außenminister Bevin verkündete, daß die drei Westzonen Deutschlands an der Marshallplan-Konferenz teilnehmen dürfen. Nicht daß sich aber jemand einbildet, daß vom deutschen Volk gewählte Vertreter darunter zu verstehen seien. Es sind Delegierte der Oberkommandierenden der drei westlichen Besatzungszonen darunter gemeint, die in ihrem sicher zahlreichen Troß auch einige deutsche Berater haben sollen. Einige der willigen Männer des Frankfurter Wirtschaftsrates werden die Ehre haben, das Gefolge der Militärkommandeure etwas deutsch auszuschnücken.

Daß Westdeutschland in den Marshallplan einbezogen würde, ist bei uns nie einem Zweifel begegnet. In welchem Sinne aber, auch nicht. Wie dem deutschen Volk in Zukunft das Fell über die Ohren gezogen werden soll, ist im Marshallplan nun zu einem festen System erhoben worden. Das kann nicht damit verschleierte werden, daß plötzlich etwas mildere Töne auf der Konferenz in Brüssel und jetzt in Paris über das deutsche Volk angeschlagen werden. Daß der französische Außenminister Bidault vor wenigen Wochen noch ein anderes Lied gesungen hat, würden wir ihm nicht verargen, wenn das Lob des „fleißigen und wertvollen Landes“ nicht bloß den deutschen Hilfsquellen, die im Rahmen des Marshallplanes bis zu unserem Weißblut fließen sollen, gelten würde. Nichts anderes ist nämlich der Sinn der Pläne, die in Paris hinsichtlich der Teilnahme Westdeutschlands am Marshallplan ausgearbeitet worden sind. „Deutschland müsse seinen Platz in der menschlichen Gemeinschaft wieder erlangen“, hört sich schön und gerecht an, bedeutet aber bei näherem Hinsehen etwas anderes, als man gemeinhin anzunehmen geneigt ist. Die Kolonialvölker Afrikas und Asiens nehmen auch an der menschlichen Gemeinschaft teil. Unter welchen Voraussetzungen aber? Die Voraussetzungen, die uns durch die Beteiligung am Marshallplan, durch Bizone-Charta und Wirtschaftsrat in den Westzonen nach Lage der Dinge aufgezwungen wurden, unterscheiden sich in nichts von denen eines Kolonialvolkes. Das, wohlgeachtet, im Herzen Europas, und es scheint keine Entgleisung, wenn die New Yorker „Herald Tribune“ von „unserer Kolonie Deutschland“ geschrieben hat.

Es klingt wie Ironie, wenn der französische Außenminister Bidault bei dieser Gelegenheit auf der Pariser

Sozialdemokraten für Änderung der Parteilinie

Das Hamburger Manifest der sozialdemokratischen Opposition

Oppositionelle Hamburger Sozialdemokraten versammelten sich am 5. März zu einer ersten Besprechung. Sie wollen mit dem Vorstand der SPD über die Aenderung der Generallinie der Partei verhandeln.

Die Opposition der Sozialdemokraten setzt sich zusammen aus ältesten Mitgliedern von vor 1933 und Widerstandskämpfern. Sie fordern in einem Manifest: Ueberprüfung der Ausschlußverfahren aus dem letzten Jahre, Beteiligung der SPD an einer Bewegung für die Einheit Deutschlands, eine Revision der Haltung der SPD zum Marshall-Plan, wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Osteuropa und Vermeidung eines Bruderkampfes zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten.

EB. Wir hier versammelten Sozialisten fühlen uns mit der Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei einig in dem theoretischen Fundament der sozialistischen Weltanschauung und wünschen deshalb, Sozialisten zu bleiben. Wir sehen uns aber aus moralischen Gründen gezwungen, unseren Abscheu auszudrücken gegen die untaktischen und diktatorischen Methoden des gegenwärtigen Parteivorstandes. Wir sind empört über eine große Anzahl Ausschlußverfahren gegen älteste sozialdemokratische Genossen und bewährte Widerstandskämpfer. Wir verlangen kategorisch die Ueberprüfung oder Wiederaufnahme dieser Verfahren und den wahrhaften Beweis einer demokratischen Großzügigkeit innerhalb unserer Reihen. Wir warnen im Interesse der Partei und des Sozialismus vor der Fortsetzung der jetzigen Generallinie des SPD-Vorstandes und insbesondere vor der an nazistische Beispiele erinnernden wirtschaftlichen und politischen Korruption bei bekannten Funktionären der Partei. Wir fordern mit Nachdruck, daß die Träger dieser Korruptionsaffäre, deren Namen zu veröffentlichen wir uns vorbehalten, schonungslos zur Verantwortung gezogen werden. Uns liegt daran, alle Differenzen zu beseitigen, die zu den Ausschüssen, Austritten und Protesten der letzten Zeit geführt haben. Um zu einer Bereinigung und zu einer konstruktiven Politik zu kommen, schlagen wir eine ehrliche Diskussion der vergangenen Fehler und eine aufrichtige Aenderung der Generallinie der Partei in folgenden Punkten vor:

1. Unsere Beobachtungen haben ergeben, daß die SPD-Leitung jede Art Deutschlands Friedens- oder Einheitsbewegung auch in den Westzonen versteckt oder offen sabotiert und damit den Verdacht erweckt, eine separatistische Politik zu begünstigen. Wir kennen alle Ausflüchte

Konferenz erklärte, „Deutschland solle jedoch keine Vorrechte erhalten.“ Vorrechte? Wo ist überhaupt für uns ein Recht, in dem, was man mit Westdeutschland tut?

der Parteilinie, aber wir fordern den Vorstand der SPD auf, sich an einer überparteilichen Vorarbeit für den Frieden und für die Einheit Deutschlands zu beteiligen, denn wir verurteilen jede Politik, die zu einer Aufspaltung Deutschlands führen kann. Außerdem empfehlen wir der Parteilinie dringend, auch die Volkskongress-Bewegung sorgfältig und vorurteilslos zu studieren, um die Bedingungen ausfindig zu machen, unter denen die SPD im Interesse Deutschlands trotz aller Bedenken unter Wahrung der Neutralität am Volkskongress teilnehmen müßte.

2. Wir stellen fest und bedauern, daß die bisherige Leitung der SPD sich einseitig nach Westen gebunden hat. Die SPD hat, ohne die wahren Möglichkeiten der praktischen Verwirklichung des Marshall-Planes genügend zu untersuchen, sich einseitig auf die Unterstützung und Propaganda des Marshall-Planes festgelegt. Genau so, wie sie sich im Jahre 1932 auf den Militaristen Hindenburg eingelassen und damit Deutschland in namenloses Unglück gerissen hat, ist sie jetzt im Begriff, ganz Westdeutschland an den illusionären Plan eines Generals Marshall auszuliefern, der sogar in Amerika heiß umstritten ist. Die Verwirklichung der Frankfurter Charta würde die Mitglieder der SPD Hannover, Hamburg und Schleswig-Holstein unter Gesetze und Verordnungen stellen, die von einer CDU-Mehrheit im Frankfurter Wirtschaftsrat beschlossen werden.

Wir oppositionellen Sozialdemokraten fordern eine skeptische Haltung zum Marshall-Plan und eine wahrhaft neutrale außenpolitische Linie. Wir fordern die Verwirklichung der Erkenntnis, daß die nahe wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Osteuropa allein den Wiederaufstieg Deutschlands ermöglicht.

3. Wir fordern dringend eine demokratische Zusammenarbeit mit allen Parteien, welche die Grundsätze der Demokratie und des Sozialismus achten. Wir verabscheuen, eingedenk der Zusammenarbeit aller Wider-

standsgruppen im Kampfe gegen Hitler, in allen Fällen den Bruderkampf zwischen Sozialisten und Kommunisten. Wir halten es für möglich und erstrebenswert, die alten Fehler von vor 1933 endlich zu vermeiden. Wir warnen, den alten Streit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten neu zu entfachen. Wir halten die Stunde für gekommen, um auf kommunalpolitischem Gebiet und in der Frage der Einheit Deutschlands in brüderlichem Geiste mit allen Werktätigen zusammenzuarbeiten und die neue soziale Ordnung, wenn es sein muß, millimeterweise zu erkämpfen. Wir blicken mit tiefer Sympathie auf die vornehme und tolerante Haltung der großen Labour-Party in England, die in ihren Reihen immer eine streitbare Oppositionsgruppe geduldet hat. Unbeschadet unserer grundsätzlichen internationalen Einstellung heißen wir es im gegenwärtigen Augenblick für richtig, diese Bewegung zu unterstützen, die zur Einheit Deutschlands führen kann. Wir betonen, daß die meisten von uns älteste sozialdemokratische Mitglieder sind, die zum Teil über 40 Jahre der Partei angehören. Viele von uns sind Widerstandskämpfer gegen Hitler. Wir richten die Bitte an alle Genossen im Gesamtgebiet Deutschlands, die mit uns gleicher Meinung sind, uns sofort ein Zeichen ihrer Zustimmung und ihrer Bereitschaft zur Mitarbeit zu geben.

SPD-Opposition
I. A. Jagau

Eine treffende Antwort

(EB) Ein Normalverbraucher in Kassel schrieb auf seinen Fragebogen zum „Speisekammergesetz“: Siehe Psalm 10, Vers 24. Dieser Vers lautet: „Meine Knie sind schwach vom Fasten und mein Fleisch ist mager und hat kein Fett.“

Quislinge und Marionetten

(PD) „Sie alle betrachten sich selbst als Quislinge und Marionetten.“ Mit diesen Worten charakterisiert die amerikanische Zeitung „New York Times“ die deutschen Politiker, die sich in die Leitung der neuen Frankfurter Körperschaft teilen. Ueber die Vorgänge in Westdeutschland schreibt die „New York Times“: „Die Entnazifizierung ist heute eine zweitrangige Angelegenheit, und die Demokratisierung ist in die sicheren Kanäle einer antikommunistischen Kampagne abgeleitet worden. Die Wirtschaftler und Industriellen wird man auch in Zukunft mit ihren bekannten Fähigkeiten ihre Angelegenheiten besorgen lassen.“

Die Welt hungert...

Betrachtungen zu einem Film-Dokument

Von Hans Reitnauer

In den Kinos von Mannheim, Heidelberg und anderen Orten läuft zur Zeit der Film „Hunger“. Er will zeigen, daß nicht nur die Deutschen, sondern die ganze Menschheit hungert, weil zu wenig Nahrungsmittel produziert werden und der Bedarf zu groß ist. Es bleibt also kein anderer Ausweg, als eben — hungern! „Es langt nicht“, — diese hilflose Gebärde ist in drei Worten die Tendenz dieses Film-Dokumentes. Es langt nicht, gebt euch in euer Schicksal, hungert weiter und seid zufrieden!

Wir wissen, daß die Erde bisher in der Lage war, die Menschheit zu ernähren. Wir wissen auch, daß der Krieg enorme Verwüstungen angerichtet hat, aber es ist ebensogut kein Geheimnis, daß dieser Krieg seit drei Jahren beendet ist. In diesen drei Jahren hätte viel geschehen können und es liegt am Willen Weniger, ob „es langt“ oder nicht, für alle Menschen. Nicht die Erde ist schuld. Sie ist nicht kleiner geworden. Sie ist bereit zu geben und sie gibt. Sie gibt genug.

Warum aber reichen die Nahrungsmittel trotzdem nicht? Warum hungern Menschen? Blättern wir in Zeitungen des vergangenen Jahres. Sie sagen uns manches:

1. 1945 in Amerika fünf Millionen Tonnen Weizen für Buna- und Kautschukfabrikation verwendet.
2. Vier Millionen Tonnen Weizen als Schweinefutter verwendet.
3. Zwei Millionen Tonnen Weizen in Amerika zu Bakelit verarbeitet.
4. Zwei Millionen Tonnen Kartoffeln

in Amerika vernichtet, um die Preise zu halten.

5. Von einer Maisrekordernte von 36 Mill. Tonnen nur 250 000 Tonnen nach Deutschland geliefert. In Argentinien lagern heute noch Getreidevorräte von 1945/46.
6. In Argentinien 842 000 Tonnen Mais, Weizen und Leinsaat verheizt.
7. In der amerikanischen Zeitung „Picture Post“ vom 2. 4. 47 erschien ein Bild, das einen Teil der zwei Millionen Tonnen Kartoffeln zeigt, welche die Regierung der USA von den Produzenten aufkaufte, um sie zu vernichten.
8. Die Kartoffelvernichtungsfeldzüge in den USA kosten den amerikanischen Steuerzahlern beträchtliche Summen, sind doch in einem einzigen der 48 USA-Staaten 140 Angestellte notwendig, um diese Vernichtungsaktion zu lenken.
9. Fettpreise in den USA sinken bis auf 50 v. H. infolge geringen Absatzes und großer Vorräte.
10. „Daily Worker“ schreibt: Die herrschende Schicht in Washington gibt nicht ein Gramm Lebensmittel heraus, ohne politische Bedingungen daran zu knüpfen.
11. Der Unterstaatssekretär in USA, Landwirtschaftsminister Dodd, erklärte, daß die USA genügend Vorräte hätten, um zwei Millionen Tonnen Nahrungsmittel pro Jahr mehr auszuführen. Er sagt weiter: „Wir sitzen hier im Ueberfluß, während die übrige Menschheit hungert“.
12. Argentinische Regierungskreise behaupten, es fehle an Transportmitteln, um die Ausfuhr erhöhen zu können. In USA verrotten tausende Liberty- und Viktoria-Schiffe unbenutzt in den Häfen.

Ferner wissen wir:

Aus den verschiedensten Ländern wurden Deutschland Lebensmittel angeboten, darunter große Mengen Haselnußkerne, Mohnsamen, Leinsamen, Sojabohnen, Erdnüsse, Olivenöl, Trockenmilch, Käse, Eier, Talg, Fische, Gemüse.

Es wurde Deutschland unmöglich gemacht, diese Lebensmittel einzuführen, obwohl dieselben in den betreffenden Ländern im Ueberfluß vorhanden sind und zum großen Teil in unvorstellbaren Mengen verderben und weggeworfen werden.

Wer nicht taub und blind durch die Welt geht, dazu mit einem Brett vor dem Kopfe, der muß sich sagen, hier stimmt etwas nicht. Er wird unter vielem anderen auch die „Stimme Amerikas“ im Radio gehört haben, die kein Geheimnis daraus machte, daß in den Staaten eines der größten Probleme heute bereits wieder die landwirtschaftliche Ueberproduktion ist, daß sich auf Grund dessen ganze Industriezweige und namhafte Fachleute damit beschäftigen, diese Agrarprodukte technischen Zwecken zuzuführen. Erwähnt wurde auch die Möglichkeit, Pflanzenöle technisch zu verwenden (womöglich als Schmieröl). Ausführlicher berichtete die „Stimme Amerikas“ über die Fortschritte, die in bezug auf die Kunststoffherstellung aus Sojabohnen erzielt wurden. Diese liefern heute in Verbindung mit anderen Produkten die besten Autokarosserien. Vermutlich werden die, welche in ihnen spazieren fahren, den Begriff „Hunger“ nur dem Namen nach kennen. Wir würden daher empfehlen, diesen Film auch diesen Menschen vorzuführen und nicht nur den Hungernden.

Das sind nur wenige Dinge. Aber sie sollten zu denken geben. Der Raum ist zu klein, um hier viel mehr bringen zu können. Auch wissen wir lange nicht alles, was in der Welt geschieht, was gesündigt wird an der Menschheit, im Zeichen der sogenannten Menschlichkeit, im Zeichen der Demokratie, der Freiheit und der sattsam bekannten Würde des Individuums. Es wird wahrlich viel gepredigt von diesen Dingen, aber es scheint, daß jene Prediger, die übrigens in monopolkapitalistischen Kreisen zu suchen sind, wenn sie vom Individuum reden, nur sich selber meinen. Sie reden auch von freier Wirtschaft und Privatinitiative und meinen ihren Profit, demzuleibe man ruhig einmal einige Millionen Tonnen Lebensmittel vernichten kann.

Wozu aber nun dieses Theater des Weltnahrungsmangels, der Welternährungskrise? Wozu dieser verdächtige Eifer, mit dem man uns einreden will: Es muß so sein, daß ihr hungert, es geht nicht anders, es langt nicht. — Man will damit natürlich von den eigentlichen Ursachen ablenken, die Wahrheit vertuschen. Man will weiter Geschäfte machen mit eurem Hunger. Ihr aber sollt zufrieden sein und in Dankbarkeit weiter hungern.

Das Wimmern hungernder Kinder könnte Steine rühren. Der Qualm verbrannten Brotes stinkt gen Himmel. In diesem Dilemma stehen die Vertreter einer kapitalistischen Welt und beteuern ihre Heiligkeit. Das ist die Wahrheit und wir freuen uns, daß wir klare Augen haben sie zu erkennen.

Nun geht hin und seht euch den Hungerfilm an. Aber denkt an das, was ihr darin nicht seht und das Geschehene wird euch in einem anderen Sinne desto mehr ergreifen.

Ausstellung des Deutschen Volkskongresses zum Jahr 1848

(EB) Unter dem Titel: „Das Jahr 1848 und die deutsche Einheit“ bereitet der Deutsche Volkskongreß in Berlin eine Ausstellung vor, die Mitte März eröffnet werden soll.

Diese Ausstellung wird nicht nur an Hand von Dokumenten das Geschehen jener Zeit in Erinnerung bringen, sondern sie wird weit ausholend an sehr interessantem Material die Scheinlösung der Aufgaben zeigen, die auf der Tagesordnung der Geschichte standen: Was also die Ursachen des deutschen Schicksals waren, welche Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit zu ziehen sind und wie diese Fehler heute vermieden werden müssen. Gerade der Volkskongreß, der heute die positivste Kraft in den fortschrittlichen Bewegungen darstellt, ist berufen, die guten Traditionen der Zeit um 1848 fortzusetzen und die Ziele zu verwirklichen, die die Menschen damals auf die Barrikaden riefen. So will diese Ausstellung wegweisend sein in eine bessere Zukunft für unser Volk.

Die Welt weiß,

daß die Kommunistische Partei der fortschrittlichste Teil der Arbeiterklasse ist. General Clay und Robertson führen einen Feldzug gegen den wichtigsten Teil der Arbeiterklasse. Ihre Bemühungen werden so erfolglos sein, wie diejenigen Hitlers waren.

(Marschall Sokolowski auf der Kontrollratsitzung v. 10. 3. 48)

Volkswagen als Exportgut

(EB) Holland hat die erforderlichen Dollardevisen für die Einfuhr von 1000 Volkswagen bereitgestellt. Belgien ist gleichfalls an einer Einfuhr von Volkswagen interessiert und soll etwa 5000 Fahrzeuge erhalten. „Die Welt“ ist der Auffassung, daß der Exportpreis von 750 Dollar frei Grenze für den Volkswagen vom Ausland als gerechtfertigt und tragbar empfunden wird. „Die Welt“ verschweigt aber, daß der Export von Volkswagen für Deutschland weniger tragbar ist und auch nicht als gerechtfertigt empfunden werden kann, da Deutschland keineswegs den Preis von 750 Dollar pro Wagen, sondern nur den Stoppreis von 990 Reichsmark erhält.

Stilllegung der Volkswagenwerke droht

(EB) Entgegen anderen Meldungen kann wegen zu geringer Produktion nach Angabe der Militärregierung nichts für den zivilen Sektor aus der Volkswagenherstellung freigegeben werden. Im laufenden Jahr muß erst die Fehlproduktion des vergangenen Jahres ausgeglichen werden. Es ist ferner damit zu rechnen, daß das Werk infolge Blechmangel stillgelegt wird.

Volkswagen stehen lediglich für Geschäftsfahrten alliierter Kaufleute zur Verfügung.

Neue separatistische Verschwörung

in der französischen Zone

(EB) Die von Vertrauensleuten der separatistischen „Rheinischen Union“ und „Amis de France“ vor einigen Tagen geführten Geheimverhandlungen mit dem Ziel der Ausgliederung der Kreise Kusel, Birkenfeld und Zweibrücken haben in den breitesten Bevölkerungskreisen Süddeutschlands Empörung und Erregung hervorgerufen. Geplant ist die Angliederung der genannten Kreise an das Saargebiet. Diese landesverräterischen Machenschaften stehen in Verbindung mit den Wünschen der drei französischen Kreisgouverneure von Kusel, Birkenfeld und Zweibrücken, deren Durchführung ihre Vertrauensleute Steiner, Kaiserslautern und Tausend, Oberkirchen, ehemalige Vertrauensleute des berüchtigten Separatistenführers Heinz Orbis, übernommen haben.

Die gesamte Bevölkerung der genannten süddeutschen Gebiete setzt den volksverräterischen separatistischen Plänen entschieden Widerstand entgegen. In den einzelnen Kreisen kommen führende Funktionäre der CDU, SPD, KPD und Gewerkschaften zusammen, um die Machenschaften der Vertrauensleute von Heinz Orbis und ihrer Auftraggeber zu durchkreuzen.

Wann schafft die Stadt endlich Abhilfe?

Schauerhafte Wohnungsverhältnisse in Mannheim-Sandhofen

Genosse Stadtrat Kober schildert uns in einem Bericht die menschenunwürdigen Wohnverhältnisse in den Baracken hinter der Luftschifferkaserne und fordert sofortige Abhilfe:

„Hier „wohnen“ etwa 80 Familien, darunter viele TBC-Kranke. Eine richtige Brutstätte von tödlichen Krankheiten. Vor einem Jahr war einmal eine bürgermeisterlich-stadträtliche Kommission in Begleitung des Herrn Direktor Platz von der Gem. Bau-Gesellschaft, der die Baracken gehören, zur Besichtigung da. Es wurde sofortige Abhilfe versprochen. Man hat dann auch mit der Abdichtung von Dächern begonnen, die Arbeit aber bald wieder eingestellt, weil Reparaturen hier überhaupt keinen Zweck mehr haben.

Damals waren die meisten Fenster mit alten Brettern vernagelt oder mit Lumpen zugestopft, heute ist dieser Mißstand wenigstens zum Teil in den „Küchen“ behoben, denn der Glaser hatte Anweisung, nur die Küchenfenster zu verglasen. Wo das nicht verwendete Material hingekommen ist, weiß man nicht. Tatsache ist, daß die Dächer dieser Flachbauten genau so undicht sind wie damals. Die Waschküchen ist das wichtigste Requisite in diesen „Wohnungen“. Sie wird gebraucht, um das vom Dach herunterströmende Wasser aufzufangen, was meist ein aussichtsloses Unterfangen ist. Die Fußböden sind meist durchgefaut, vielfach nicht mehr vorhanden. Kein Wunder: sie liegen direkt auf der Erde und faulen so von oben und von unten. Die Wände sind von oben bis unten gerissen. Hier helfen sich die Bewohner mit alten Lumpen und Papier, mit welchem sie die Ritzen zu verstopfen suchen. Vielfach besteht bei den Wänden akute Einsturzgefahr, zumal vor einigen Wochen wenige Meter von den Baracken entfernte Bunker gesprengt worden

waren. Man wundert sich, daß von den schwankenden Wänden nicht schon Menschen erschlagen wurden. An den meisten Decken fehlen quadratmeterweise die zur Abdichtung befestigten Leichtbauplatten. Die noch haftenden sind von Regen und Wind durchgebo-gen und täglich und nächtlich poltern die Brocken herunter.

Die Reihenklestets in den Höfen sind vielfach ohne Türen. Die Verrichtung der Notdurft ist also im wahrsten Sinne des Wortes eine „öffentliche Sitzung“. Die meisten alten Leute und die vielen kleinen Kinder müssen bei Kälte im Bett liegen bleiben, weil kein Brennmaterial vorhanden ist. Hat man denn diese Menschen schon abgeschrieben? Die Höfe zwischen den Baracken stehen bei Regenwetter knöchelhoch voll Wasser, weil die Kanalisation nicht funktioniert. Ein Ungezieferherd, wie er für die Entwicklung von Seuchen nicht besser gedacht werden kann.

Diese Behausungen, für die auch noch Miete entrichtet werden muß, sind selbst für Tiere zu schlecht und zu ungesund. Wirkliche Abhilfe schafft hier nur radikaler Abbruch der Baracken und Unterbringung der Insassen in menschenwürdigen Wohnungen. Hier kann nichts mehr geflickt werden.

Das Ansehen der Stadtverwaltung verlangt rascheste Abhilfe. Alle anderen Vorhaben müssen zurückgestellt werden, bis diese Elendsquartiere am Rande der Stadtmarkung beseitigt sind.“

Pressephotographen sollten an Ort und Stelle diese Zustände in Augenschein nehmen. — Man soll solche Dinge im Bild festhalten, um damit den deutschen Behörden, wie auch der Besatzungsmacht, ein anschauliches Album menschlicher Verelendung geben zu können.

Das deutsche Volk will endlich Ruhe haben

Brief eines Sozialdemokraten über westliche „Demokratie“

In seiner Ausgabe am 1. März veröffentlichte „Der Sozialdemokrat“ einen Brief eines alten Sozialisten aus der „Ostzone“, der als begründete Charakterisierung der westlichen „Demokratie“ zu betrachten ist. Es heißt darin u. a.:

„... das deutsche Volk will endlich Ruhe haben und arbeiten. Es ist weder aufässig, noch ein Sklavenvolk, das eine solch schäbige Behandlung ewig dulden kann. Die Besatzungsmächte klagen über zunehmenden Faschismus und züchten ihn selbst, indem sie Menschen quälen, wie die kleinen Mitläufer, die nichts verbrochen hatten...“

Man hat versucht, uns glaubhaft zu machen, daß wegen der schlechten Nahrungsmittelproduktion in der Welt für Deutschland eben nur Hungerrationen möglich sind. Der Preissturz an der New Yorker Börse zeigt aber, daß man nicht weiß, wohin mit den Lebensmitteln, die im Ueberfluß da sind. Genau so verhält es sich mit der Fettknappheit. Unsere Walfängerflotte ist genau so zur Untätigkeit verurteilt wie die 75 Liberty-Schiffe. Einmal führt der

Rhein zu wenig Wasser, einmal zu viel. Transportschwierigkeiten? Es sind nur Ausreden, mit denen eine sprichwörtlich gewordene Unzulänglichkeit bemäntelt werden soll. Und trotzdem hindert man die Deutschen, die unsere Nöte am besten kennen und allein in der Lage sind, die Dinge wieder in Ordnung zu bringen, eigene Initiative zu entfalten und den Stier bei den Hörnern zu packen.“

„Der Sozialdemokrat“ schließt seinen Artikel, in dem vorstehenden Brief zitiert wird, mit den Worten: „Und wenn die demokratischen Mächte mit Taten weiterhin so zögernd sind wie bisher, dann allerdings wird ihr Bemühen, Deutschland für die Demokratie zu gewinnen, vergeblich gewesen sein.“

Dieser Meinung können wir uns nicht nur anschließen, sondern möchten sie mit dem Hinweis erweitern: „Wann wird Dr. Schumacher etwas für die Demokratie tun? Seine willige Unterordnung unter die Pläne des in- und ausländischen Monopolkapitals widerspricht der Demokratie. Daraus muß jeder Sozialist und Demokrat seine Lehren ziehen.“

Kriegsgefangene für Einheit Deutschlands

Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion schreiben uns

2176 Kriegsgefangene aus einem Lager der Sowjetunion haben auf einer Großkundgebung eine Entschließung gefaßt, die wir nachstehend, zusammen mit den Unterschriften der in Nordbaden ansässigen Kameraden, veröffentlichen:

Resolution

Wir Kriegsgefangene des Lagers 7504/5 hörten heute mit Entrüstung, daß die Reaktion gegen den Willen Millionen Werktätiger im Westen hinter verschlossenen Türen und Militäraufgebot das Schicksal Deutschlands entscheiden will. Wir kennen die undemokratischen Maßnahmen und wissen, wohin die Teilung Deutschlands führt.

Wir Kriegsgefangene, die wir für ein einheitliches demokratisches

Deutschland sind, fordern, daß die Potsdamer Beschlüsse eingehalten und konsequent durchgeführt werden.

Wir sind nicht gewillt, noch einmal die Opfer eines imperialistischen Krieges zu werden.

Aber gewillt sind wir, den Kampf der Werktätigen im Westen zu unterstützen, indem wir uns schon hier das Rüstzeug für den bevorstehenden Kampf in der Heimat aneignen.

Wir rufen allen, die für ein einheitliches demokratisches Deutschland kämpfen, zu:

Nicht müde werden im Kampf gegen Kriegstreiber und Kriegsbrandstifter!
Nicht müde werden im Kampf gegen alle undemokratischen Machenschaften!

Berliner Gewerkschaftswahlen

Teilergebnisse

Die bisherigen Wahlergebnisse bereiten der UGO sichtliche Enttäuschung. Ueberall siegen die Kandidaten der Gewerkschaftseinheit. Nach bisher bekanntgewordenen Wahlergebnissen haben gewählt:

Industriegewerkschaft	Gesamtz. d. gewähl. Delegiert.	UGO hänger
Bau	483	33
Handel und Transport	127	4
Metall	416	90
Chemie	123	4
Holz	136	10
Nahrung und Genuß	221	17
Länd- u. Forstwirtschaft	83	3
Techniker u. Werkmeister	15	2
	1609	163

Oeffentliche Kundgebung der KPD Mannheim

„100 Jahre Kampf um die deutsche Reichseinheit“ am Samstag, den 20. März 1948 15,30 Uhr im Rosengarten.

Es spricht: Richard Scheringer

Die Kalorien sinken und die Aktien steigen

Auf der Wirtschaftsratstagung am 2. März 1948 kennzeichnete Max Reimann (KPD) die Entwicklung in Westdeutschland seit der Beschaffung der Bizone und erklärte:

1946, vor der Vereinigung der beiden Zonen, erhielten wir im Durchschnitt 1600 Kalorien, heute aber im Durchschnitt kaum 1000. Die Aktien der Vereinigten Stahlwerke stauden 1946 auf 142 und wurden an dem Tage, an dem man sein „Ja“ zur Charta gab, und sich somit einverstanden erklärte mit den Plänen Clays und Robertson, mit 173 an den Börsen Bizoniens notiert. In derselben Zeit stiegen die Schering-Aktien um ein Drittel, die der AEG verbesserten sich um 20 Prozent, die der Deutschen und Dresdner Bank um 50 Prozent. Dies ist der Inhalt einer weststaatlichen Politik. Das Volk hungert, die Börsenhyänen und Konzernherren streichen riesige Gewinne ein und wie nach 1918 trägt der kleine Mann die Lasten des Krieges.

B. Shaw: Freiheit nur in der UdSSR

(EB) Die westlichen Parlaments- und Parteiensysteme sind Scheindemokratien, und die sowjetischen Sozialisten sind viel demokratischer als die englischen und amerikanischen, erklärte der bekannte Schriftsteller Bernard Shaw in einem Schreiben an einen amerikanischen Korrespondenten, der ihn über seine Stellung zum Kommunismus befragt hatte. Shaw, der aus seiner freundlichen Gesinnung gegenüber der Sowjetunion kein Hehl macht, weist darauf hin, daß heute sehr viel Unsinn über die Freiheit geredet werde, denn wo Gesetze bestehen, könne es keine unbeschränkte Freiheit geben. Erst wirkliche Muße könne den Menschen frei machen, und nur in der Sowjetunion sei die Gewähr dafür geboten. Er sei Kommunist, wenn auch nicht Mitglied der kommunistischen Partei, betont Shaw.

Care-Pakete zu deutschen Lasten

Wie der Vorsitzende des Exekutivrates, Dr. Seelos, erklärte, könne die deutsche Verwaltung die Care-Paket-Einfuhren nicht ändern. Das deutsche Volk muß aber die hohen Preise, fünf Dollar für jedes Care-Paket, selbst bezahlen.

„Westdeutsches Volksecho“, 13. 1. 48.

Nicht müde werden im Kampf für ein einheitliches demokratisches Deutschland!

- Kohl Stefan, Karlsruhe
- Spoecher Peter, Heidelberg
- Stohr Josef, Mannheim
- Ott Josef, Forchheim
- Wolbert Hugo, Karlsruhe
- Schaßner Rudolf, Karlsruhe
- Landhäuser Helmut, Forchheim
- Aligeier Josef, Mannheim
- Hauser Willi, Mannheim
- Böttcher Herbert, Mannheim
- Müller Heinrich, Karlsruhe
- Müntel Georg, Flehingen
- Weninger Alex, Heidelberg.

Deutschland kann sich selbst ernähren

(EB) In einer Gewerkschaftsfunktionärkonferenz in Frankfurt, welche den Bundesvorstand in Hessen beauftragte, die schärfsten Kampfmittel anzuwenden, wenn bis zum 1. April 1948 das hessische Betriebsrätegesetz nicht erlassen sei, wies Georg Schenk von der Gewerkschaft Metall treffend nach, daß wir bei dem gegenwärtigen Stand der Ernährung uns heute durchaus selbst erhalten könnten. Deutschland führte früher zwar Lebensmittel ein, aber der Verbrauch des Einzelnen lag weit über den heutigen Kalorienwerten. Hätten wir früher schon von 1200 Kalorien oder noch weniger gelebt, dann hätte Deutschland keinen Import benötigt, sondern einen umfangreichen Export von Lebensmitteln betreiben können.

Deutschland vom Genuß des Ruhrkohle-Erlöses ausgeschlossen

In einem Kommentar des britisch lizenzierten Nordwestdeutschen Rundfunks wurde kürzlich folgendes bemerkenswerte Eingeständnis gemacht: „Der Ruhrbergbau könnte ab sofort ohne eine Preiserhöhung für Kohle auskommen, wenn man das Volk in den Genuß der hohen Erlöse auf dem Weltmarkt kommen ließe. Das sind Erwägungen, die mit den Fragen der Besitzverhältnisse der Zeche nichts zu tun haben.“

Kriegsgefangene fordern deutsche Zentralregierung

Aus dem Lager Nr. 7315/5 UdSSR erhalten wir folgenden Brief, der zeigt, daß auch unsere Kriegsgefangenen die Vorgänge in Deutschland mit wachem Interesse verfolgen und auf den Tag warten, da sie zurückkehren und bei der Schaffung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands mitarbeiten können:

Wenn ich auch als Kriegsgefangener weit von der Heimat entfernt bin, so nehme ich doch regen Anteil an allen Geschehnissen, die den Wiederaufbau der Heimat betreffen. Mit Bestürzung habe ich, wie auch meine Kameraden, die Frankfurter Ereignisse — einen separaten deutschen Weststaat ins Leben zu rufen, aus deutschen Zeitungen zu Kenntnis genommen, daß dieses nicht dem Willen des deutschen Volkes entspricht, geht deutlich daraus hervor, daß man zu der Teilnahme an der Frankfurter Besprechung die Persönlichkeiten einfach bestimmt hat.

Nie und nimmer dürfen wir es zulassen, daß Ost- und Westdeutschland auseinandergerissen werde. Lange genug haben wir als Sklaven einer Diktatur gelebt, deren Folgen wir jetzt tragen müssen. Die Errichtung eines Weststaates in der geplanten Form wäre nichts anderes, als eine amerikanische Kolonie, eine Abhängigkeit vom amerikanischen Dollar.

Ich und meine Kameraden protestieren aufs schärfste dagegen und fordern eine deutsche Zentralregierung und Schaffung eines einheitlichen Deutschlands auf gesunder demokratischer Basis. Nur durch die Ergänzung der Industrie und Wirtschaft von Ost- und Westdeutschland ist es möglich, Deutschland wieder lebensfähig zu gestalten.

„Betr.: Volkskongresse“

(V. St.) Eine zentrale Dienststelle Württemberg-Badens versendet folgenden Ukas an ihr untergeordnete Behörden:

„Betr.: Veranstaltung sogenannter Volkskongresse.“ Die Militärregierung Württemberg-Badens hat den Herrn Ministerpräsidenten mit Schreiben vom 27. Januar 1948 folgendes mitgeteilt:

„Alle Anträge auf Veranstaltung der sogenannten Volkskongresse, die an deutsche Beamte gerichtet werden, sind an die zuständigen Stellen der Militärregierung weiterzuleiten.“

In dem autoritären System Hitler-Deutschlands war das so, daß jede politische Regelung nach oben gemeldet werden mußte. Wir scheinen uns noch nicht allzu weit davon entfernt zu haben. Nun hat selbstverständlich die Besatzungsmacht das Recht, die demokratischen Grundrechte in unserer Verfassung aufzuheben. Es fällt nur auf, daß das dann geschieht, wenn es

Vor 100 Jahren:

Kampf gegen die feudalen Landräuber

In der Nacht vom 8. auf 9. März 1848 wurde, wie Stadtpfarrer Gebert in den „Fränkischen Nachrichten“ berichtet, der Gutshof Marienhöhe bei Osterburken angezündet und niedergebrannt. Dieser Gutshof war damals und ist auch heute noch Eigentum der Fürsten von Leiningen. Ehemals gehörte das Land aber den Bürgern von Osterburken, es war von jeher „Gemeingut in Gemeinwirtschaft“, „Allmendland“. Die Kurmainzer Landesherrschaft hat im 18. Jahrhundert die „Heed“ den Bürgern von Osterburken geraubt und sie 1747, wie der Chronist berichtet, durch 72 Grenzsteine von dem übrigen Feld der Osterburker abtrennen lassen. Proteste durch Herausreißen der Grenzsteine blieben erfolglos. Was Fürsten und Junker an sich gerissen haben, verteidigen sie mit Zähnen und Klauen. Der „März 1848“ brachte dann den Sturm auf den Gutshof und dessen Niederbrennung. Das Land war von Kurmainz auf die Fürsten von Leiningen übergegangen und der Gutshof war eben durch diese Fürsten erbaut worden. Die angesammelte Wut über das erlittene Unrecht ebenso wie die

Landnot der Bauern in Osterburken waren die Ursachen zu dem Sturm auf das fürstliche Gut.

Auch gegen die Fürsten Löwenstein richtete sich die Volkswut, die die Gemeinde um mehrere Hektar Gemeindegut regelrecht betrogen hatten.

Die hereinbrechende Reaktion in Gestalt preussischer Truppen machte dem Freiheitsraum und dem Verlangen der Bauern nach mehr Land, nach „ihrem Land“, ein jähes Ende. Viele „Rädelsführer“ mußten mit langjährigen Zuchthausstrafen büßen.

Die Leiningen und Löwenstein und ihre Standesgenossen sitzen heute noch auf den dem Volke geraubten Böden. Nur in der sowjetischen Besatzungszone wurde den Junkern durch die Bodenreform das Land wieder weggenommen. Die Bodenreform in der amerikanischen Zone wurde und wird von den Junkern und ihren Helfershelfern in Regierungen und Landtagen erfolgreich sabotiert. Das geht solange, bis die Bauern und Arbeiter das erfolgreich vollenden, was unseren Vorfahren vor 100 Jahren nicht gelungen ist.

Falsche Grußbessteller am Werk

Vor einiger Zeit trieb sich in der Umgebung von Mannheim ein Betrüger herum, der die Familien von Kriegsgefangenen als Opfer für seine Schwindeleien auskor. Er hatte sich folgendes Märchen zurecht gelegt:

Den Angehörigen von Kriegsgefangenen erzählte er, daß er mit den Maschinen einer demontierten Fabrik nach der Sowjetunion zur Neuaufstellung gefahren sei. Dort habe er bei Ludinowo das Lager 1060/5 gesehen, in dem sich 30 000 deutsche Kriegsgefangene befänden, welche nicht schreiben dürften, da sie wegen der Ermordung von Bewachungsmannschaften in einem Straflager streng isoliert wären und absolutes Schreibverbot hätten. Er erzählte den betreffenden Familien jeweils, daß ihr Sohn, Vater oder Bruder in diesem Lager sei. Der Schwindler scheint viele Opfer gefunden zu haben, denn das Rote Kreuz sah sich veranlaßt, offizielle Erkundigungen bei dem Hilfsdienst für Kriegsgefangene und Vermisste einzuholen. Am 23. 1. 1948 traf nachfolgende Antwort von dem Hilfsdienst ein:

„Auf das hiesige Schreiben vom 4. 12. 47 wird Bezug genommen. Es hat sich leider nunmehr inzwischen herausgestellt, daß U. auch in verschiedenen anderen Fällen als falscher Grußbesteller aufgetreten ist. U. heißt richtig Ernst Hiescher und befindet sich seit Anfang Dezember 1947 im Amtsgerichtsgefängnis Miltenberg/Unterfranken in Haft. Er ist der Gemeinde Rieseby im August 1946 als Ostflüchtling unter dem Namen Otto Ume zugewiesen worden. Die Gemeindeverwaltung bedauert außerordentlich, Ihnen heute diese Enttäuschung bereiten zu müssen, hält es aber für ihre Pflicht, Sie von dem wahren Sachverhalt in Kenntnis zu setzen.“

Damit ist eindeutig festgestellt, daß die Aussagen über das Lager Ludinowo unrichtig sind.“

Betrüger und Verbrecher bedienen sich der Sowjethetze, um Dumme zu fangen und ihre dunklen Geschäfte tätigen zu können. Sie werden dann als Schwindler entlarvt und unschädlich gemacht. Wie lange dauert es noch, bis die großen Schwindeleien der politischen Sowjethetzer aufgedeckt und die Hetzer zum Schweigen gebracht werden?

Verbote aus Furcht

Dem eingehenden Bericht der Zeitung „Neues Deutschland“ über die letzte Kontrollratssitzung entnehmen wir, daß der britische General Robertson die Verbote der Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden damit erklärte, daß diese Volkskongressbewegung nach seiner Meinung „nicht regulär und unaufrecht“ sei und daß er sie für den „Trick einer politischen Partei“ halte. Noch einfacher machte es sich der amerikanische General Clay, der erklärte, er wisse nicht, „wen diese Volkskongressgruppen vertreten“. Der sowjetische Vertreter antwortete den beiden, daß ja keine Ursache bestünde, die Volkskongressbewegung zu fürchten

und sie zu verbieten, wenn sie nicht von der Bevölkerung ganz Deutschlands unterstützt würde. Es passe ihm nicht, General Clay, der stets allen fortschrittlichen demokratischen Ideen entgegentritt, zu antworten, aber das gäbe dem General Clay nicht das Recht, die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz zur Demokratisierung Deutschlands zu verletzen. Die Politik des Verbotes und der Verfolgung deutscher demokratischer Organisationen stelle eine Verletzung der Verpflichtung der Besatzungsmächte zur Demokratisierung Deutschlands dar und wird auch weiterhin auf die Gegenwirkung des sowjetischen Kommandos stoßen.

Massenproduktion von Wehrmachtuniformen in Westdeutschland

(EB/PD) Bei der Firma Scheidt, Kettwig bei Essen, werden z. Z. 27 000 Uniformen hergestellt, in Schnitt und Farbe genau wie die Uniformen der ehemaligen deutschen Wehrmacht. Wer den Auftrag erteilt hat, konnte nicht festgestellt werden. Täglich werden neue Uniform-Schneiderinnen eingestellt.

Wir berichtigen: In unserer Nummer vom 11. Februar 1948 brachten wir einen Artikel über Christian Hermann Schmidt, Waschmittelfabrikant aus Laudenbach, unter der Überschrift „Ein politischer Akrobat“. Die von uns gegen Herrn Schmidt vorgebrachten Vorwürfe entsprechen nur in einigen Teilen formell den Tatsachen. Unsere Nachforschungen ergaben, daß sich Herr Schmidt während der Nazizeit als Antifaschist benahm und sich politisch verfolgte und Ausländern gegenüber jederzeit hilfsbereit zeigte.

Unter der Lupe

Zulagen für Nazis!

Einer unserer Leser schreibt uns: Alle aus dem Internierungslager Ludwigsburg zur Entlassung kommenden Nazis werden vom Ernährungsamt Mannheim wie heimkehrende Kriegsgefangene behandelt, bekommen also eine nahrhafte Lebensmittelzulage für die Uebergangszeit. Es handelt sich dabei in der Regel um Leute, die von der Spruchkammer in die Gruppe der Belasteten oder Minderbelasteten eingereiht wurden!

Dabei ist doch allgemein bekannt, daß die Internierten ernährungsmäßig viel besser gestellt sind als die nicht Internierten. Man braucht ja auch nur die runden, vollgefressenen Köpfe dieser armen „Heimkehrer“ zu betrachten, um das bestätigt zu sehen.

Was sagen die demokratischen Behörden, Zeitungen und Parteien zu dieser hochedlen Haltung des Mannheimer Ernährungsamtes? Ist dies nicht ein neuerlicher Beweis dafür, daß unser ganzes öffentliches Leben wieder von waschechtem Nazigeist durchtränkt wird?

Monatlich RM50.- Sühne für SS-Sonderführeraus Himmlers Stab

Die Spruchkammer Mergentheim reichte Prinz Rudolf zu Hohenlohe-Langenburg, der im Schloß Weikersheim nach seiner Ausweisung aus dem Sudetenland Aufnahme gefunden hat, in die Gruppe der Minderbelasteten mit einer Sühne von 2000 RM und einer Bewährungsfrist von einem Jahr ein.

Prinz Rudolf war nach Dokumenten der Dokumenten-Zentrale Berlin seit dem Jahre 1934 P.g., seit 1938 freiwilliges Mitglied der Reiter-SS, seit 1943 Unterscharführer der Waffen-SS und als „Sonderführer (Fach)“ mit dem Rang eines Untersturmführers beim Rohstoffamt der SS im persönlichen Stab des Reichsführers SS tätig. Im SD ist er seit 1940 in der Abteilung Ausland tätig gewesen. Diese nationalsozialistische Betätigung ging aus einem Lebenslauf, den der Betroffene selbst dem Reichssicherheitshauptamt der SS zugehen ließ, hervor.

Der Kläger stellte Antrag auf Einreihung in die Gruppe der Minderbelasteten und für diese Zeit eine monatliche Sühne von 50 Mark. Von Sonderarbeit sah der Kläger, der erlittenen Internierungshaft wegen, ab.

„Er“

ist gegen die deutsche Einheit!

„Haben Sie den Mut, diese Antworten zu veröffentlichen — wohl kaum!“, fragt uns der Schlosser Karl Röder, Mannheim, H 2, 10. Hören wir, was Herr Röder meint:

Zu Frage 1: Ich bin gegen die deutsche Einheit. Da der deutsche Zentralismus während der ganzen Geschichte der Ursprung ständiger Kriege war. Ich bin für ein Deutschland auf bundesstaatlicher Basis.

Zu Frage 2: Ich bin gegen den deutschen Volkskongress. Der deutsche Volkskongress ist eine Erfindung der SED bzw. KPD und ist der größte Volksbetrug aller Zeiten. Das Regime, das hier zusammengestellt wurde, brächte uns sowjetische Zustände, die ich zu studieren 2 Jahre in der Gefangenschaft die Möglichkeit hatte. Mögen sämtliche Kongressdioten erst mal 2 Jahre ins Arbeiterparadies gehen, vielleicht würden sie verhungern und Deutschland wäre von dieser Idiotie befreit.

Zu Frage 3: Was nennen Sie Volksabstimmung? Etwa so, wie es in der Sowjetzone durchgeführt wird? Wer dagegen ist, wird liquidiert! Denn was will uns die KPD bringen, eine Diktatur und Sklaverei, wie ihn des Kommunismus Gottes eigenem Land eingeführt hat.

Es erübrigt sich wohl, auf diese Antworten noch besonders einzugehen. Sie charakterisieren sich und ihren „mutigen“ Verfasser selbst.

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. - Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 29 000.